



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 890

P/VIII/212 - 12.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur aussenpolitischen Situation nach der Wahl	S. 1
Die USA und die neue Situation in Deutschland	S. 3
Das Ende einer grossen Zeitung	S. 5

Verständigung und Befreiung

Von Willi Eichler

Für die Sozialdemokratische Partei ist die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur das in sich selbst begründete Ziel einer recht verstandenen nationalen Selbstbehauptung. Sie ist darüber hinaus der gegebene und notwendige Ansatzpunkt, die Verständigung der vier Besatzungsmächte über dieses Ziel, das friedlich ohne eine Verständigung überhaupt nicht zu erreichen ist, auszuweiten auf die Lösung darüber hinausgehender Streitfragen zwischen der westlichen und der östlichen Welt. Herr Adenauer hat an diese Verständigung seit langem nicht geglaubt. Er hat in Reden deutlich erklärt, dass man mit den Russen nur vernünftig reden könne, wenn vorher Deutschland wiederbewaffnet sei; nur dies ist der Sinn der von ihm so formulierten "Politik der Stärke". Gegen eine Politik der Stärke, die sich in solidarischem Zusammenhalten des Westens und gemeinsamer Vertretung der aufeinander abgestimmten Interessen zur Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt bezogen hätte, hat die Sozialdemokratie nie etwas einzuwenden gehabt. Sie war sogar Grundlage ihrer Kritik an der Europapolitik der Regierung Adenauer in bezug auf die Saar, den Europarat, die Montanunion, den Generalvertrag und die EVG, die alle zusammen und jeder für sich Deutschlands Position geschwächt - wenn auch Adenauers Stellung gestärkt haben. Durch diese Verträge wird zudem ein wirklich wirtschaftlich und grundsätzlich politisch geeinigtes Europa nicht gefördert, sondern erschwert, ja

unmöglich gemacht.

Herr Adenauer hat jetzt das Schlagwort des amerikanischen Außenministers Dulles übernommen, dass die westliche Politik auf "Befreiung" aus sein muss und nicht auf "Wiedervereinigung", die Verständigung erfordert. Das Wort "Befreiung" gewinnt hier eindeutig die Bedeutung von Gewalt, es sei denn, man verstiege sich zu der ebenfalls von Adenauer geäußerten Fantasie, dass die östliche Welt durch "Aufstände in Russland" zusammenbrechen würde, was offenbar durch einige in München stationierte Sender mit Emigranten-Redakteuren und westlichen Tagesträumern beschleunigt werden soll. Und selbst wenn durch Aufstände die östliche Macht zusammenbrechen würde, dann bedürfte es eben keiner Befreiung, dann haben sich die Menschen dort selbst freigemacht.

Wie dem auch sei; Adenauer hat in ähnlichem Zusammenhang von der Regelung territorialer Fragen gesprochen, die zwischen einem "freien Polen" und Deutschland erfolgen kann. Dabei erwähnte er die Möglichkeit eines polnisch-deutschen Kondominiums, einen Vorschlag, der offenbar nur deshalb nicht ausführlicher Gegenstand von Erörterungen in der deutschen Öffentlichkeit geworden ist, weil diese Öffentlichkeit - wie Herr Adenauer selbst - zunächst keine Ahnung davon hat, wie Polen "befreit" werden würde. Über die Oder-Neisse-Linie schwieg Herr Adenauer - dass man mit Polen keinen Krieg wolle, verstand sich bisher schon immer von selbst! Jedenfalls aber geht Adenauers Spekulation in praktischer Politik nicht auf das Abwarten des "Aufstandes in Russland" hinaus. Er will die EVG unter allen Umständen unter Dach und Fach bringen. Man weiss, dass es in Frankreich viele Hemmungen dagegen gibt und darunter Hemmungen, die keineswegs die der deutschen Sozialdemokraten sind. Um alle solchen Hemmungen möglichst auszuschalten, ist Herr Adenauer offenbar entschlossen, jetzt zunächst das Saargebiet nicht zu "befreien", sondern es als Gegenleistung für die Ratifizierung der EVG zu opfern. Das heisst, er nennt es nicht so, sondern zieht es vor, diese Lösung "Europäisierung" zu nennen, womit denn die Diskreditierung des europäischen Gedankens durch die beiden Mächte Deutschland und Frankreich auf die Spitze getrieben würde.

Dafür hätten dann die Herren Dulles und Adenauer vielleicht ihre EVG. Selbstverständlich ist, dass dabei die Wiedervereinigung Deutschlands in ferne Zeit gerückt wird. Und ebenso selbstverständlich ist ein Anstieg der Rüstungen mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen.

Zum Glück scheint im deutschen Volk auch über die Reihen der sozialdemokratischen Wähler hinaus die Erkenntnis zu dämmern, dass gleichzeitige Befreiungs- und Kapitulationspolitik für Deutschland und Europa schlimme Folgen haben kann. Es mehren sich die Stimmen derer, die heute, nachdem der von ihnen Erklärte einen grossen Sieg errungen hat, erklären: "Das haben wir nicht gewollt!" Wer das wirklich meint, sollte wenigstens nachträglich begreifen, dass die sozialdemokratische Opposition nicht geboren ist aus dem sturen Nein zu allem, was der Bundeskanzler tut, sondern aus der Verantwortung für eine deutsche Politik, die uns und Europa den Frieden bewahrt und die Arbeitslosigkeit beseitigt, auch wenn wir nicht durch die Rüstungskonjunktur beschäftigt sind.

USA-Stimmungen nach den deutschen Wahlen

O.L., New York, Mitte Sept.

Der "Daily Mirror", ein weit verbreitetes Blatt in kleinem Format in New York, hat die offizielle Stimmung am Tage nach den Wahlen in der Bundesrepublik in einer dicken Titelüberschrift auf der ersten Seite am prägnantesten in den Worten zusammengefasst: "Adenauer wins Victory for U.S." ("Adenauer gewinnt einen Sieg für die Vereinigten Staaten"). Das ist etwas grobschlächtig, wie es die Sensationszeitungen, die sonst auf der ersten Seite über Ehedramen oder Kinostars berichten, benötigen. Aber es bringt die offizielle Stimmung sehr deutlich zum Ausdruck. Zeitungen wie die "New York Times" oder die "New York Herald Tribune" sagen es etwas verfeinert, aber in Wirklichkeit lassen auch sie keinen Zweifel darüber bestehen, dass die Wahlergebnisse in Westdeutschland als ein grosser Erfolg der amerikanischen Politik angesehen werden. ".... das Ergebnis ist auch ein grosser Triumph für den Westen im allgemeinen und für die Vereinigten Staaten im besonderen", sagt die "New York Times", und das "Wall Street Journal", die Tageszeitung der mächtigen Finanzkreise, sagt dasselbe.

Da man hierzulande Wahlen - insbesondere amerikanische Präsidentschaftswahlen - wie ein sportliches Ereignis betrachtet, hat man im amerikanischen Radio und in den weitverbreiteten populären Zeitungen, deren Leser von europäischer Politik nicht viel wissen, den Wahlkampf in der Bundesrepublik als einen Zweikampf zwischen Adenauer und Ollenhauer dargestellt oder als eine Kraftprobe zwischen Adenauers Partei und den Sozialdemokraten. Nun wird Adenauer als Champion gepriesen. Aber die ersten Siegesmeldungen im Radio, die Sonntag nachts von einer Niederlage der Sozialdemokraten sprachen, sind etwas verstummt. Während Adenauers Erfolg gefeiert wird, stellen die grösseren Zeitungen doch fest, dass er nicht auf Kosten der Sozialdemokraten errungen wurde. Dass die Sozialdemokraten eine Million Stimmen gewonnen haben, wird erwähnt. Dass Adenauers Zuzug von rechts gekommen ist, wird nicht ganz verschwiegen. Nachdenklichere Beobachter unterstreichen die Entwicklung zu einem Zwei-Parteien-System in der deutschen Bundesrepublik und

sehen darin ein Zeichen politischer Reife der Wähler.

Wichtiger für die amerikanische Aussenpolitik ist nun ihr eigener Kurs in Europa. Die Zeitungen unterstreichen die für die offizielle Aussenpolitik erwünschte Tatsache, dass die Abstimmung in der Bundesrepublik Adenauers bisherige Politik der europäischen "Integration" begünstigt. Da die amerikanische Aussenpolitik in den letzten Monaten nicht sehr viele Erfolge sah und sich jeden Tag mit neuen Berichten über das Anwachsen antiamerikanischer Stimmen abfinden muss - gerade in diesen Tagen wird aus Japan berichtet, dass die allgemeine Haltung gegen die USA sich sehr entschieden versteift -, ist es nicht verwunderlich, dass zunächst dieser Erfolg in Westdeutschland hervorgehoben wird. Aber neue Probleme, die in Wirklichkeit die alten sind, beginnen am Horizont aufzusteigen. Die Bekräftigung des Adenauer-Kurses in der Aussenpolitik der Bundesrepublik und die Hilfe, die sie für die offizielle Politik des State Department in Washington bedeutet, rückt den französischen Widerstand gegen die EWG-Verträge nur in schärferes Licht.

Was wird nun geschehen, um den Widerstand der Franzosen zu brechen und die italienische Regierung, die ohne De Gasperis aktiven Einfluss an der Integration weniger Interesse zeigt, zu grösserer Aktivität und Begeisterung für die Integration anzu-spornen? Das ist die Aufgabe, vor die sich Mr. Dulles und die offizielle amerikanische Aussenpolitik nun gestellt sehen. Wenn der amerikanische Aussenminister seine "unsanften" Methoden, mit den Alliierten der USA umzugehen, nicht aufgeben sollte, kann man sich darauf gefasst machen, dass sich nun der Druck, den Washington ausübt, auf Paris konzentrieren wird. Ob die Franzosen ihm nachgeben werden? Das ist eine Frage, die heute niemand zu beantworten wagt.

Die Sorgen des Alltages der amerikanischen und der Weltpolitik treten nun wieder in ihre Rechte. Unzweifelhaft hat Adenauers Erfolg Washington einer Sorge entzogen. Aber die anderen treten nun deutlicher hervor.

Das Ende der "Neuen Zeitung"

ler. Der Überraschende und für die Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht befriedigende Wahlausgang vom 6. September macht das weitere Erscheinen einer eigenen amerikanischen Zeitung in der Bundesrepublik überflüssig. Darin und nicht, wie es in der offiziellen Begründung hieß, in der Kürzung der für Propaganda vorgesehenen Mittel im USA-Haushalt, ist wohl die eigentliche Erklärung für das Ende der "Neuen Zeitung", soweit es ihre Frankfurter Westausgabe betrifft, zu suchen. Die publizistischen Organe, die sich der kommenden Bundesregierung verpflichtet fühlen, übernehmen nun selbst wesentliche Teile der Funktion, die der "Neuen Zeitung" zukam: Sprachrohr und Dolmetscher der amerikanischen Politik in Deutschland zu sein.

Die Geschichte der "Neuen Zeitung" - "Die amerikanische Zeitung in Deutschland", wie der Untertitel lautete - ist die Geschichte der amerikanischen Deutschlandpolitik in all ihren vielfältigen Erscheinungsformen - von der bedingungslosen Verurteilung des Deutschen Militarismus, von der rücksichtslosen Durchführung der Demontage bis zum Werben um deutsche Soldaten und Generäle in der EVG-Epoche. Ein weiter Weg führt von der Proklamation des damaligen Oberbefehlshabers der westalliierten Streitkräfte und jetzigen Präsidenten des USA-Eisenhower, die den Geist Morgenthau's atmeten, bis zu der Erklärung Conants, die "Neue Zeitung" hätte einen wichtigen Beitrag "zu einem immer wachsenden gegenseitigen Verständnis zwischen den beiden Völkern geleistet".

Die "Neue Zeitung" registrierte die einzelnen wechselvollen Phasen der USA-Deutschlandpolitik in einer für die deutsche Publizistik ungewöhnlichen Form. Sie wusste die nackte Nachricht von meinungsbildenden Kommentaren zu unterscheiden und prägte damit einen Zeitungsstil, der mehr oder weniger geschickte Nachahmer fand und als Vorbild für viele andere nach 1945 gegründete deutsche Zeitungen diente. Leider kommt diese gute Seite der angelsächsischen Publizistik in der heutigen deutschen Presse ein wenig zu kurz; selbst Zeitungen mit gutem Ruf sind wieder zur Mischung von Meinung und Nachricht übergegangen, was es dem deutschen Leser so schwer macht, auf Grund der Fakten ein eigenes Urteil zu bilden.

In der achtjährigen Zeitungsgeschichte der Bundesrepublik nimmt die nun eingestellte "Neue Zeitung" einen Sonderplatz ein. Als dokumentarisches Quellenwerk wird ihre Lektüre vielen, die die Geschichte dieser Zeit erforschen wollen, ein wertvolles Hilfsmittel sein.

Nach zwölf Jahren des Abgeschlossenseins kam der deutsche Leser über die zunächst als einziges grosses Blatt nach dem Zusammenbruch erscheinende "Neue Zeitung" wieder in Berührung mit den geistigen und politischen Vorstellungen der Aussenwelt. Sie hat sich damit ein bleibendes Verdienst erworben, das auch dadurch kaum geschmälert wird, dass sie, mehr dem Zwang als eigenem Antrieb folgend, in der letzten Zeit die allumfassende Unterrichtung ihrer Leser zugunsten einer vorwiegend ^{politischen} Veranschaulichung vernachlässigte.

Verantwortlich: Peter Raunau